

Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Grad der Partizipation und Chancengerechtigkeit in den Quartierkommissionen

Der Gemeinderat wird daher höflich um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie kann die Demokratie in den Quartierkommissionen gestärkt und verhindert werden, dass es zu einer "Herrschaft von Wenigen" kommt?
2. Wie kann die Repräsentativität der Bevölkerung in den Quartierkommissionen erhöht werden?
3. Wie können sich (bisher nicht vertretene) Minderheitsmeinungen der Quartierbevölkerung besser Gehör verschaffen?
4. Wie können die Mitwirkungsmöglichkeiten der von Vorhaben betroffenen Bevölkerungsteile gestärkt und somit Betroffene zu Beteiligten gemacht werden?
5. Wie kann sichergestellt werden, dass mehr Sach- statt Parteipolitik betrieben wird?
6. (Wie) wird die Effizienz und Wirkung der Quartierkommissionen geprüft?

Begründung

Quartierkommissionen dienen als Bindeglied zwischen Stadtbevölkerung und Stadtregierung. Gemäss Zweckartikel verfolgen sie in der Regel folgende Ziele

- Mitwirkung der Bevölkerung des entsprechenden Stadtteils
- Plattform für Meinungsbildung, namentlich auch Minderheitsmeinungen müssen zum Ausdruck kommen
- Konstruktiver Dialog und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Partnern
- Wahrnehmung der eingeräumten Rechte (Petition, Einsprache etc.) Quartierkommissionen streben die Anerkennung als repräsentative Quartierkommission gemäss Artikel 88 dar.

Aktuelle Erfahrungen von Delegierten aus den Quartierkommissionen zeigen, dass die Zusammensetzung dieser Gremien derzeit eher parteipolitisch geprägt ist und wichtige Bevölkerungsteile nicht repräsentiert sind. Insbesondere Minderheitsmeinungen können sich damit zu wenig Gehör verschaffen. Oft werden die Quartierkommissionen von einigen wenigen Personen dominiert, was das wahre Bild oder die Meinung zu einem Vorhaben aus dem Quartier verfälscht. Diese Wahrnehmung hat sich in der letzten Zeit nach Beschlüssen zu verschiedenen Themen gezeigt (z.B. Farbsack-System, Reduktion der Stellplätze für den ruhenden Verkehr etc.). Auch sind teilweise die Mitwirkungsmöglichkeiten (Begehungen, Auflagen, Mitwirkungsfristen) zeitlich knapp oder ungünstig angelegt, dass nicht alle von den Vorhaben betroffenen Bevölkerungsteile (insbesondere Berufstätige) gehörig partizipieren können. Es wird eher Partei- statt Sachpolitik betrieben?

Bern, 14. März 2024

Erstunterzeichnende: Oliver Berger, Ursula Stöckli

Mitunterzeichnende: Florence Pärli Schmid, Tom Berger, Thomas Hofstetter, Simone Richner, Nik Eugster, Michael Hoekstra, Lionel Gaudy, Sibyl Eigenmann, Claudio Righetti, Maurice Lindgren, Salome Mathys, Bettina Jans-Troxler, Debora Alder-Gasser, Alexander Feuz, Janosch Weyermann, Niklaus Mürner, Bernhard Hess, Daniel Michel, Ueli Jaisli